

ANTRAG

der Fraktionen der SPD und DIE LINKE

Demokratie schützen und stärken

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

1. Die Demokratie muss wehrhaft sein und geschützt werden. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass demokratie- und verfassungsfeindliche Kräfte zunehmend mithilfe von rechtspopulistischen Kampagnen Desinformation und Spaltung betreiben. Im demokratischen Rechtsstaat gelten auch für die politische Auseinandersetzung Regeln und rechtliche Grenzen. Bürgerinnen und Bürger und insbesondere öffentlich Bedienstete des Landes, die für die Einhaltung dieser Regeln eintreten oder sie durchsetzen, verdienen unsere Anerkennung.
2. Die Förderung der Demokratie wird als gesamtgesellschaftliche Pflicht betrachtet, bei der sämtliche Akteure und Institutionen ihren Teil beitragen müssen.
3. Die Schule hat gemäß dem Schulgesetz des Landes einen Bildungs- und Erziehungsauftrag, der sich nicht in der Vermittlung fachlicher Inhalte erschöpft. In § 2 Absatz 1 des Schulgesetzes ist festgelegt, dass das Ziel der schulischen Bildung und Erziehung die Entwicklung zur mündigen, vielseitig entwickelten Persönlichkeit ist, die im Geiste der Geschlechtergerechtigkeit und Toleranz bereit ist, Verantwortung für die Gemeinschaft mit anderen Menschen und Völkern sowie gegenüber künftigen Generationen zu tragen. Schule ist damit nicht neutral, sondern gebunden an die Werte von Grundgesetz und Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Positionen oder Verhaltensweisen, die diesen Werten widersprechen oder diese angreifen, sind deshalb auch nicht neutral zu behandeln.

4. Die oben ausgeführte Persönlichkeitsentwicklung kann allerdings nicht allein im Kontext der schulischen Bildung gewährleistet werden. Hier sind auch außerschulische Bildungsangebote gefragt, die sich speziell mit den Themen Geschlechtergerechtigkeit, Demokratieförderung, Toleranz, Gefahren von Rechtsextremismus, gesellschaftlicher Verantwortung, aber auch Medienkompetenz auseinandersetzen.
 5. Die Instrumentalisierung von Vorfällen in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen für populistische politische Kampagnen, insbesondere Angriffe auf Fachkräfte, die sich für die Einhaltung unserer verfassungsrechtlich verbürgten Werte einsetzen und Bürgerinnen und Bürger durch frühzeitiges Handeln schützen, sind auf das Schärfste zu verurteilen. Fachkräfte benötigen für ihre anspruchsvolle und wichtige Arbeit vor allem Respekt, Unterstützung und Rückhalt. Hierbei spielen Programme und Initiativen zur politischen Bildung eine herausragende Rolle.
 6. Im Rahmen des Landesprogrammes „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“ hält das Land eine Vielzahl von Unterstützungsangeboten zur Stärkung der demokratischen Grundwerte und für die Auseinandersetzung mit demokratiefeindlichen Herausforderungen vor. Bürgerinnen und Bürger, Vereine und Verbände werden hierbei ebenso unterstützt wie öffentliche Einrichtungen. Die fünf „Regionalzentren für demokratische Kultur“ nehmen dabei eine zentrale Rolle der Beratung, Vermittlung und Unterstützung ein. So können beispielsweise Schulen durch die Regionalzentren bei der Erarbeitung gemeinsamer Handlungsstrategien zum Umgang mit demokratiefeindlichen Ereignissen in der Schule oder bei der Entwicklung eines demokratischen Leitbildes für Schulen unterstützt oder beim Aufbau von gelebten Partizipations- und Mitbestimmungsstrukturen wie Klassenräten begleitet werden. Von besonderer Bedeutung sind ebenso die Projekte, deren Aufgabe in der Ausstiegs- und Distanzierungsarbeit im Kontext von Rechtsextremismus sowie religiös begründetem Extremismus liegt.
 7. Darüber hinaus bekräftigt der Landtag seine bisherigen Beschlüsse auf den Drucksachen 8/654, 8/1495, 8/1755 und 8/2740.
- II. Die Landesregierung wird aufgefordert,
1. verfassungsfeindlichen und demokratiefeindlichen Bestrebungen weiterhin konsequent zu begegnen.
 2. Schule als Ort der Demokratiebildung und der Vermittlung historischen und politischen Wissens weiter auszubauen und zu stärken und alle an den Schulen Tätigen bei der Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsauftrages zu unterstützen.
 3. außerschulische Bildungsangebote, insbesondere für Themen wie Geschlechtergerechtigkeit, Demokratieförderung, Toleranz, Gefahren von Rechtsextremismus, gesellschaftliche Verantwortung und Medienkompetenz, weiter auf hohem Niveau fortzusetzen und alle in diesem Bereich Tätigen bei der Umsetzung der außerschulischen Bildungsarbeit zu unterstützen.
 4. politische Bildungsangebote, vor allem die der Landeszentrale für politische Bildung und der Träger der politischen Weiterbildung, weiter auf hohem Niveau fortzusetzen und alle in diesem Bereich Tätigen bei der Umsetzung der politischen Bildungsarbeit zu unterstützen.

5. Perspektiven für die Fortführung des Landesprogrammes „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“ noch vor dem Ende der aktuellen Förderperiode des Europäischen Sozialfonds+ (ESF+) zu entwickeln und dem Landtag darüber zu berichten.
6. die Unterstützungsleistungen für das Gemeinschaftsprojekt „Helden statt Trolle“ des Landeskriminalamtes und der Landeszentrale für politische Bildung über den bereits im Doppelhaushalt 2024/2025 vorgesehenen Zeitraum hinaus fortzusetzen. Das Projekt ist darauf ausgerichtet, in Form von Projekttagen, Workshops, Argumentationstrainings und Vorträgen an Schulen für das Thema „Hate Speech“ und „Fake News“ zu sensibilisieren sowie gleichzeitig eine sachliche Diskussionskultur zu fördern und zu etablieren.
7. insbesondere mit Blick auf die bevorstehenden Europa- und Kommunalwahlen die Kandidatinnen und Kandidaten möglichst niederschwellig über Unterstützungsangebote und Kontaktstellen der Landespolizei zum Schutz vor Einschüchterungen und Straftaten durch Extremisten zu informieren.

Julian Barlen und Fraktion

Jeannine Rösler und Fraktion